# Breit abgestützte Trägerschaft für Naturpark

## Sissach/Baselbiet | Projekt nimmt nächsten Schritt – Hürden bleiben gross

Das Projekt Naturpark Baselbiet geht in die nächste Runde: Gestern wurde ein Trägerverein gegründet, als Nächstes erstellen Experten einen Managementplan. Dabei ist nicht nur die Finanzierung eine Herkulesaufgabe. Es braucht auch viel Überzeugungsarbeit.

**Severin Furter**





**Grünen-Nationalrätin Florence Brenzikofer präsidiert den Trägerverein, SVP-Mann Johannes Sutter amtet als Vizepräsident.** Bilder Archiv vs

Gestern Abend wurde in Sissach der «Verein Naturpark Baselbiet» gegründet. Dieser Trägerverein soll das Projekt, das vor mittlerweile rund drei Jahren vom Verein Erlebnisraum Tafeljura neu angestossen wurde, weiter voranbringen. Dies mit dem klaren Ziel, im Baselbiet einen Naturpark zu errichten.

Die Trägerschaft des Vereins sei politisch und gesellschaftlich breit abgestützt, sagt Präsidentin Florence Brenzikofer auf Anfrage. Der Blick auf die Liste der Gründungsmitglieder bestätigt dies. Neben Brenzikofer, Nationalrätin der Grünen, kommt der Vizepräsident aus dem politisch entgegengesetzten Lager. Johannes Sutter, Gemeindepräsident von Arboldswil und Unternehmer, ist Vizepräsident der Baselbieter SVP.

Über die Hälfte der Mitglieder des Trägervereins sind Vertreter von Gemeindebehörden. «Diese politische Abstützung ist eine Bedingung des Bundesamts für Umwelt (Bafu)», sagt Brenzikofer. Das Bafu ist es schliesslich, welches das Gesuch für einen Naturpark Baselbiet am Ende bewilligen muss.

So finden sich Gemeinderäte aus Buus, Rickenbach, Zeglingen, Liestal, Waldenburg, Reigoldswil, Langenbruck und Rünenberg auf der Liste. Dazu kommen weitere Mitglieder wie Fabienne Ballmer, Co-Präsidentin von Gastro Baselland, oder Jost Müller, ehemaliger Geschäftsführer des WWF beider Basel. Mit der FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger oder dem SVP-Landrat Markus Graf sind weitere politische Exponenten aus dem Oberbaselbiet im Trägerverein vertreten.

### Landwirte vertreten

Mit Markus Graf und Zeglingens Gemeindepräsident Fredi Rickenbacher nimmt auch eine Interessengruppe im Verein Einsitz, die in der Vergangenheit immer wieder kritische Stimmen gegen das Projekt geäussert hatte: die Landwirte. Doch sind offizielle Vertreter des Bauernverbands beider Basel und des Obstproduzentenverbands auf der Liste der Gründungsmitglieder nicht vertreten. «Wir hatten gute Gespräche mit diesen Interessengruppen, sie konnten sich für ein Mitwirken im Vereinsvorstand aber noch nicht entscheiden», sagt Brenzikofer. Dies heisse jedoch nicht, dass ein Einsitz vonseiten des Bauernverbands zu einem späteren Zeitpunkt nicht möglich sei.

Nach der Gründungsversammlung des Trägervereins wird nun ein Managementplan erstellt. Dieser ist für die Einreichung des Parkgesuchs beim Bafu zwingend notwendig. Erarbeitet wird der Managementplan, der auch eine aufwendige Landschaftsbewertung jeder einzelnen Gemeinde beinhaltet, durch Experten der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) – in Zusammenarbeit mit dem Trägerverein. Dafür wurde ein Kostendach von 255 000 Franken vorgesehen.

Dieses Geld bereitzustellen, sei keine leichte Aufgabe, sagt Brenzikofer: «Wir haben bisher einen Drittel der Mittel zusammen.» Ziel sei es, je einen Drittel des Betrags von Sponsoren, Stiftungen sowie von Gemeinden und Kanton zu beschaffen.

### 17 Gemeinden finanziell beteiligt

Während die Stiftungen dank der Gründung des Trägervereins in der kommenden Woche einzeln angeschrieben werden, wurde dieser Schritt bei den Gemeinden bereits im vergangenen Jahr vollzogen. «Wir haben die Gemeinden angefragt, ob sie freiwillig einen Franken pro Einwohnerin und Einwohner spenden», sagt Brenzikofer. Welche Gemeinden dieser Bitte nachgekommen sind, lässt die Oltingerin offen. Nur bei der Anzahl lassen sich die Verantwortlichen in die Karten blicken: 17 Gemeinden beteiligten sich bereits finanziell an der Machbarkeitsstudie und dem Managementplan.

Brenzikofer lässt derweil auch durchblicken, dass einige Gemeinden eine finanzielle Beteiligung vorerst ablehnten, dem Projekt Naturpark aber positiv gegenüberstehen würden. Auch gebe es Gemeinden, die eine finanzielle Beteiligung ablehnten, ohne einen Grund zu nennen und auch solche, die am Projekt nicht interessiert seien oder erst gar keine Antwort gaben.

Klar ist: Die Gemeinden respektive die Gemeindeversammlungen müssen ihre Zustimmung zum Projekt erteilen, soll der Jurapark Baselbiet realisiert werden können. Die Rede ist von 5 Franken pro Einwohner, die jährlich von den Gemeinden an den Naturpark fliessen sollen. Basis für die Abstimmungen an den «Gmäinis» bildet der Managementplan, der bis zum Herbst 2024 vorliegen muss. Die Einreichung des Gesuchs beim Bund ist im ersten Quartal 2025 vorgesehen – ein Jahr später als ursprünglich angedacht. Eine entsprechende Fristerstreckung hat das Bafu Ende Januar genehmigt.

Für Florence Brenzikofer ist klar, dass es noch ein weiter Weg ist, bis der Naturpark Baselbiet realisiert werden kann. «Es braucht auf allen Ebenen noch sehr viel Überzeugungsarbeit, das benötigt Zeit.» Zudem habe die Corona-Pandemie in den vergangenen Jahren das Vorankommen des Projekts beeinträchtigt.

Zum Perimeter des Naturparks Baselbiet gehören alle Gemeinden der Bezirke Waldenburg und Sissach sowie jene des Bezirks Liestal mit Ausnahme von Pratteln und Augst. Wie der Parkperimeter am Ende aussieht, hängt schliesslich vom Mitwirken der Gemeinden ab. Räumliche Bedingung des Bafu ist lediglich eine zusammenhängende Parkfläche von 100 Quadratkilometern. Läuft nun alles nach Plan, ist eine Inbetriebnahme des Naturparks im Jahr 2030 möglich.

# Steuerzahler decken Teil des Esaf-Defizits

## Baselbiet | Landrat spricht nach langer Debatte und klarem Entscheid maximal eine halbe Million Franken

Der Landrat hat einen zusätzlichen Kantonsbeitrag von maximal 500 000 Franken für das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest (Esaf) 2022 in Pratteln bewilligt. Der Entscheid fiel mit 62 zu 14 Stimmen deutlich.

**tho./sda.** SVP-Regierungsrat Thomas Weber stand gestern Morgen von der Regierungsbank auf, drängte sich auf der Seite der SP-Fraktion durch den engen Gang und verliess wortlos den Landratssaal, als die Debatte ums Schwingfest-Defizit begann.

Es war nicht Desinteresse an der Debatte, natürlich nicht! Weber hatte als Esaf-OK-Präsident alles Interesse daran, dass der Landrat Steuergelder spricht, damit ein Teil des hohen Esaf-Defizits gedeckt wird, auf dem der organisierende private Esaf-Verein sitzt. Weil Weber als Regierungsrat und als Chef des OKs aber zwei Hüte trägt, trat er während der politischen Debatte in den Ausstand.

Die Regierung hatte dem Parlament die Ausgabe von maximal einer halben Million Franken beantragt, um den Konkurs des Vereins «Esaf 2022 Pratteln im Baselbiet» zu verhindern. Dieser weist ein hohes Defizit von 3,8 Millionen Franken bei Gesamtausgaben von rund 40 Millionen Franken auf. Ein Grossteil des Fehlbetrags wird von privater Hand – Sponsoren, Lieferanten und so weiter – übernommen, wie mittlerweile bekannt ist. Und gestern entschied der Landrat mit 62 gegen 14 Stimmen bei einer Enthaltung, dass die öffentliche Hand den verbliebenen Fehlbetrag mit Steuergeld decken wird. Bewilligt wurde maximal eine halbe Million Franken. Damit wird der Esaf-Verein der eidgenössischen Schwingerfamilie bald eine ausgeglichene Rechnung vorlegen können. Abzuwarten gilt es allerdings, ob das Referendum gegen den Landratsentscheid ergriffen wird.

Voraussichtlich werde nicht der volle bewilligte Kantonsbetrag ausgeschöpft werden müssen, hiess es gestern. Da sich zwischenzeitlich Private bereit erklärt hätten, einen weiteren Teil des Fehlbetrags zu übernehmen, sprach Finanzdirektor Anton Lauber («Mitte») von einem Geldfluss von insgesamt 350 000 Franken. Der Netto-Beitrag liege voraussichtlich noch bei 180 000 Franken, da zuvor schon vom Kanton gesprochene Gelder fürs Esaf nicht ganz aufgebraucht worden seien.

Die Frage, ob der Kanton mit Steuergeld in die Bresche springen sollte, führte zu einer langen und emotionalen Debatte im Landrat. Für die Ausgabe sprachen sich die Fraktionen von SVP, FDP und «Mitte»/GLP aus. Die SP und Grüne/EVP waren gespalten. «Die Hälfte der Fraktion wird zähneknirschend zustimmen, weil wir die Firmen, die noch Geld zugute haben, nicht im Regen stehen lassen wollen», sagte SP-Sprecher Ernst Schürch (Rünenberg). Der andere Teil der SP war der Ansicht, dass nicht die Bevölkerung für den Verlust aufkommen solle. Ronja Jansen (Frekendorf) gab zudem zu bedenken, dass nicht ein einzelner Verein bevorzugt werden sollte: «Wir brauchen gleich lange Spiesse für alle statt einer goldenen Extrawurst.»

Ein zinsloses Darlehen erachtete sie als bessere Option. Der Eidgenössische Schwingerverband solle jeweils nicht den ganzen Gewinn nach finanziell erfolgreichen Festen verteilen, sondern Rückstellungen bilden, damit Defizite bei verlustreichen Veranstaltungen gedeckt werden könnten. Dies forderte auch Schürch. Es könne nicht hingenommen werden, dass Gewinne privatisiert und Verluste verstaatlicht würden. Überdies wurde die Doppelrolle Webers kritisch hinterfragt. Auch Marco Agostini (Grüne, Pfeffingen) war gegen die Vorlage: «Es kann nicht sein, dass alle Bürgerinnen und Bürger, die nichts von diesem Anlass hatten, bezahlen müssen.»

### Werbung fürs Baselbiet

SVP-Fraktionssprecher Markus Brunner (Muttenz) sagte hingegen, es handle sich um einen einmaligen Maximalbetrag. Kein anderer Verein müsse also darunter leiden: «Bringen wir das unvergessliche Fest zu einem würdigen Abschluss», sagte er. Auch andere Sprecher plädierten für «Augen zu und durch». Saskia Schenker (FDP, Itingen) sagte, dass die Beteiligung des Kantons am Defizit in «ordnungspolitischer Hinsicht» zwar



**Esaf-OK-Präsident und Regierungsrat Thomas Weber (SVP) war in den Ausstand getreten. Finanzdirektor Anton Lauber («Mitte») warb fürs Esaf-Geld.** Bild tho.

heikel sei, doch es müsse nun pragmatisch gehandelt werden, zumal das Schwingfest dem Baselbiet viel gebracht habe. Dass es sich um ein tolles Fest mit einer hohen Wertschöpfung und bester Werbung für den Kanton gehandelt habe, wurde allseits immer und immer wieder betont. Argumentiert wurde auch mit der Reputation: «Es wäre ein unsägliches Signal des Kantons Baselland, wenn der Trägerverein in Konkurs geschickt würde», sagte etwa Werner Hotz (EVP, Allschwil).

Vor der Abstimmung hielt Anton Lauber fest, dass ein Konkurs angesichts des grossen Engagements des Kantons für das Esaf keine Option sei. «Ein Fest dieser Dimension kann gar nicht ohne Kanton durchgeführt werden», sagte der Finanzdirektor.

Als Gründe für das Defizit nannte das Esaf-OK höhere Kosten bei der Erschliessung des Geländes und für die Sicherheit sowie Mindereinnahmen bei den VIP-Tickets und Supporter-Einnahmen. Der Kanton hatte bereits im Vorfeld des Grossanlasses Beiträge von insgesamt 2,7 Millionen Franken für das Esaf genehmigt. Die kantonale Verwaltung hat Dienstleistungen im Umfang von 1,05 Millionen erbracht. Mit der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) half zudem eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit, das Esaf-Defizit zu decken. Wie hoch der Beitrag war, verrät die BLKB nicht.